

produziert man mitverantwortlich das, was, insgeheim aber als Vorwand erwünscht, kritisiert wird.

Gerade wer übernational zu denken versucht, wird Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Völker des Nahen Ostens wünschen. Zu fragen ist, ob die verweigerte Koexistenz und Anerkennung nicht das araber- und israelfeindliche Spiel der Großmächte ermöglicht.

Jerusalem ist kein „Symbol der Versöhnung“ – wie es in der Erklärung heißt –, sondern ein Testfall der Versöhnung für alle Völker. Israel leistete den freien Zugang der Christen, Moslems und Juden in Jerusalem, während die arabische Besetzung der Altstadt Jerusalems den Juden den Zutritt zu der allen drei Religionen heiligen Stadt verwehrte. „Frieden für Jerusalem“ ist kein inhaltsloser Wunsch für die Zukunft, sondern Imperativ der Gegenwart an Juden und Christen für Frieden und reale Schritte der Verständigung heute einzutreten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. auch: Abba Eban: Diplomatischer Status für die Heiligen Stätten, in: FR XIX, 69/72, S. 49.

## 6 Resolution „Israel“ der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom 14. 5. 1968<sup>1</sup>

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 14. 5. 1968 in Bad Godesberg einstimmig folgende Erklärung verabschiedet:

„Die Deutsch-Israelische Gesellschaft gibt der Besorgnis ihrer Mitglieder und Freunde darüber Ausdruck, daß die israelisch-arabische Konfliktsituation sich eher erneut zu verschärfen als endlich zu entspannen scheint.

Angesichts der zunehmenden internationalen und auch in der Bundesrepublik feststellbaren Kritik an der israelischen Politik und angesichts einer neuerdings häufiger zu beobachtenden Gleichgültigkeit gegenüber der Kriegsgefahr im Nahen Osten hält es die DIG für angebracht, nachdrücklich auf folgende klar erkennbare Tatbestände hinzuweisen:

1. An der arabischen Politik, die Existenz Israels nicht hinzunehmen, hat sich auch nach dem Junikrieg nichts geändert. Diese Politik ist auf eine Fortsetzung des Krieges und Terrors gegen Israel ausgerichtet und weiterhin von dem Bestreben gekennzeichnet, die Heimstätte des jüdischen Volkes nicht in Frieden bestehen zu lassen. Während Israel jederzeit Verhandlungsbereitschaft und Versöhnungswillen gezeigt hat, weigern sich die arabischen Mächte nach wie vor, mit Israel Verhandlungen über eine dauerhafte Friedensregelung zu führen.

2. Israel hat sich in drei von ihm selbst nicht gewollten Kriegen aus tödlicher Umklammerung, deren erklärtes Ziel der Völkermord war, befreien und einer Kette terroristischer Anschläge erwehren müssen. Deswegen Israel, also das von Aggression bedrohte jüdische Volk, als Aggressor brandmarken zu wollen, stellt eine Verkehrung der Wirklichkeit und historischen Wahrheit dar,

<sup>1</sup> Auf der gleichen Mitgliederversammlung, die unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Bundesinnenminister Ernst Benda, in Bad Godesberg, tagte, hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft auch eine Erklärung abzugeben, die ihre Besorgnis über die Zunahme rechts-extremistischer Tendenzen in der Bundesrepublik zum Ausdruck brachte.

wie sie nur aus Unkenntnis, Verblendung, Gewissenlosigkeit oder Feindschaft erwachsen kann.

3. Mit dem Fortbestehen der von Haß und Unversöhnlichkeit geprägten arabischen Politik und ihrer Rückenbedeckung durch die Sowjetunion besteht auch die existenzielle Bedrohung des israelischen Staates und jüdischen Volkes generell weiter. Die Notwehrsituation ist für Israel generell unverändert geblieben. Nach wie vor hat Israel keine Bündnispartner, auf die es sich in der Stunde der Not stützen kann. Israel ist in seinem Sicherheits- und Selbsterhaltungsbestreben weiterhin darauf angewiesen, sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen.

4. Von Israel zu fordern, sich ohne angemessene arabische Friedensgarantien und Gegenleistungen auf den Status quo ante zurückzuziehen, ist gleichbedeutend mit der Forderung, daß Israel im Interesse seiner Gegner und rivalisierender dritter Mächte seine Existenz freiwillig aufs Spiel setzen solle. Wer diese Forderung stellt und wer einseitig nur die israelischen Verteidigungs- und Vorbeugungsmaßnahmen verurteilt, nicht aber wenigstens gleichermaßen die sie veranlassenden arabischen Aggressionsakte, bestärkt damit jene Kräfte, die sich erneut in den Wahn hineinsteigern, Israel vernichten zu müssen. Solange Israel jederzeit auf einen Angriff vorbereitet sein muß, ist schwerlich zu erwarten, daß es seine jetzt relativ günstigeren Verteidigungslinien preisgibt.

5. Der Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung führt nicht über Krieg und Terror, führt nicht über opportunistische oder einseitig verurteilende Resolutionen, führt nicht über einseitige Vorleistungen und vorbehaltlose Annektionen. Der Weg zum Frieden führt über die Bereitschaft der Mächte, neuerlichen Bedrohungen der israelischen Existenz entgegenzutreten, und führt über die Friedensbereitschaft auch der arabischen Welt zur gemeinsamen Hinwendung auf die wirklichen Zukunftsaufgaben im Nahen Osten.

Unabhängig davon, ob man die Politik Israels im einzelnen billigen will oder nicht, kann es für Deutsche keine Alternative geben zu der Notwendigkeit, sich solidarisch zu bekennen zu dem Recht des jüdischen Volkes, frei und in Frieden in seiner Heimstätte Israel zu leben. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft appelliert deshalb an die Einsicht aller demokratischen Bürger und Kräfte in Deutschland, sich dieser grundsätzlichen Solidarität mit Israel nicht zu verschließen, sondern ihr, wenn immer es nötig ist, offen Ausdruck zu geben.“

## 7 „Shalom Israel“

Bericht über eine Israel-Woche der Kath. Jungmännergemeinschaft Offenburg vom 11. bis 15. Dezember 1968

Von Johannes Schulze jun., Offenburg

Ein Blick auf die weltpolitische Lage um die Jahreswende zeigt die fast beängstigende Aktualität der letzten Aktion der Katholischen Jungmännergemeinschaft der Offenburger Dreifaltigkeitspfarre. Und das im tiefsten unbeabsichtigt. Grund für die Israel-Woche im Dezember war vielmehr der dreißigste Jahrestag des Pogroms vom

9. November 1938, das Jahr der Menschenrechte und das Jahresthema des Bundes der deutschen katholischen Jugend „Friede ist möglich“. Eins erwies sich mit Bestimmtheit, und die politische Lage einige Tage später lieferte den nachträglichen Beweis: Mit am meisten ist der Friede im Nahen Osten gefährdet, mit am schwersten ist es aber gerade auch dort, einen dauernden Frieden zu zementieren.

Aber nicht das Verhältnis zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, sondern die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden bzw. dem Staat Israel standen thematisch im Mittelpunkt. Mit den Ereignissen im Dritten Reich befaßte sich der erste Abend. Ausgehend von dem erschütternden Film „Nacht und Nebel“ wurde in einer Diskussion versucht, die allgemein menschliche Seite des Problems herauszuarbeiten. Bewußt wurde darauf verzichtet, Schuldkomplexe zu züchten, bewußt wurde aber auch versucht, Sprüchen wie „Hört doch endlich auf damit!“ das Wasser abzugraben. Die Negierung von Facts schafft diese nicht aus der Welt, sie sind vielmehr – und sei das Wort noch so strapaziert – geistig zu bewältigen. Von jedem einzelnen. Dazu gehört notwendigerweise Bewußtseinsbildung, die ihrerseits wieder der Information bedarf. Deshalb war ein Großteil der Woche der Information reserviert.

Welchen informatorischen Wert der Film „Exodus“ hat, darüber kann man zweifelsohne geteilter Ansicht sein. Nicht zu übersehen ist allerdings die Reizwirkung eines solchen Streifens. Wird er zum Gefühlsimpetus für die geistige Weiterverarbeitung des einzelnen, hat er seinen Zweck erfüllt. Die Gefahr durch den unterschwelligen emotionalen Angriff ins andere Extrem des Unbewußten zu verleiten, ist groß, gewiß, aber innerhalb der Woche war hierbei schief Geratenes relativ gut durch die anderen Veranstaltungen einzurenken, während das Positive des Streifens nicht einfach außer acht gelassen werden darf.

Wo „Exodus“ aufhört, setzte der nächste Abend ein: beim Bau des Staates. Informationsfilme zeigten Arbeit und Erreichtes, verständlichten aber auch die Waffe in der Hand dessen, der mühsam erbautes, der Heimat – hier hat das Wort noch Sinnträchtigkeit – nicht ohne Gegenwehr aufgibt.

„Friede ist möglich“, eine christliche Grundüberzeugung, ohne die das Christentum nicht Christentum wäre, war das Thema eines ökumenischen Gottesdienstes. Um echten Frieden beteten Gläubige verschiedener Konfessionen gemeinsam, unterstützt von einer Band, mit deren Musik die Jugend ihre Bitten in eigenster, individueller Form an Gott richtete. Abschluß der Woche war ein Farblichtbildervortrag, der Israel aus der Sicht des deutschen Touristen zeigte. Der Präses der Offenburger KJG, Kaplan Martin *Karowski*, hatte im Sommer einige Wochen in Israel verbracht.

Über die ganze Woche war eine Ausstellung aufgebaut, die neben Dokumenten aus dem Dritten Reich Kultgegenstände und Arbeiten aus dem heutigen Israel zeigte. Gleichzeitig war eine umfassende Buchausstellung aufgebaut. Ermöglicht haben die Ausstellung in erster Linie Frau Dr. Luckner, Freiburg, die durch einen Unfall daran gehindert wurde, am Diskussionsabend teilzunehmen, der jüdische Rabbiner Charles Friedemann aus Straßburg (einer der Diskussionsteilnehmer) und eine Offenburger Buchhandlung.

## 8 Wiedergutmachung – nur der erste Schritt<sup>1</sup>

Von Dr. Moshe Tavor, Jerusalem

Das „bemerkenswerte Schlußkapitel“ der hier behandelten Schrift von Franz Schürholz regt zu einem Vergleich an mit dem im FR (V, 17/18) vom August 1952 enthaltenen Beitrag von Dr. theol. Rupert Angermair: „Die Wiedergutmachung an die Juden als moralische Pflicht“ (Red. d. FR).

Eine kleine Broschüre von Franz Schürholz „Ergebnisse der deutschen Wiedergutmachungsleistungen in Israel“<sup>1a</sup> verfolgt offenkundig nicht das Ziel, den zahlreichen wirtschaftspolitischen Analysen eine neue anzufügen. Sie übernimmt statistisches Material und zum Teil auch ökonomische Deduktionen, die von beiden Seiten bisher veröffentlicht wurden, und stützt sich vor allem auf die von der israelischen Staatsbank im Jahre 1965 publizierte Arbeit über den Einfluß der Schilumim [Wiedergutmachung] auf die Wirtschaft Israels. Sie weist ferner auf das Buch Dr. F. E. Shinnars „Bericht eines Beauftragten“<sup>2</sup> hin, in dem die Vorgeschichte der kollektiven und individuellen Wiedergutmachung von dem Mann geschildert wird, der an den Verhandlungen in Wassenaar an verantwortlicher Stelle teilnahm und dann die Israel-Mission in Köln bis zu ihrer Ablösung durch die israelische Botschaft in der Bundesrepublik geleitet hat. Auch die deutschen Quellen wurden selbstverständlich herangezogen. Schürholz will, wie sich herausstellt, dieser Expertenliteratur nicht den Rang ablaufen. Den Politikern und den Fachleuten standen die Akten zur Verfügung, und ein Außenstehender kann heute noch nicht beurteilen, ob sie ihr Wissen und ihre Kenntnisse der Öffentlichkeit vollauf vermittelten.

Für die Aufgabe, die sich Schürholz stellte, ist dies von untergeordneter Bedeutung. Ihm liegt weitaus mehr an den moralischen Aspekten des Themas und an der Frage, ob die Verpflichtungen des deutschen Volkes mit der Abstattung der Schilumim und mit der Bezahlung von Entschädigungssummen und Renten an Einzelne abgegolten sind. Im Vorwort sagt er: „Es tut uns, dem Lebensgefühl des einzelnen Deutschen und unserem Volke, wohl gut, hin und wieder daran zu erinnern, was erst unsere innere Wiedereingliederung in die Gemeinschaft der Völker ermöglicht hat.“ Im bemerkenswerten Schlußkapitel, das die Überschrift „Der ordnende Bezug“ trägt, unterstreicht Schürholz: „Die materielle Wiedergutmachung an Israel bleibt deshalb mit einem politischen Wiedergutmachungsbeitrag verbunden, der einer Aussöhnung im Nahen Osten zu gelten hat.“

In diesem Schlußwort verläßt Schürholz den Bereich der Sekundärliteratur, in den er sich zurückgezogen hatte, obschon er auch bei der Darstellung „Des Kreislaufes der individuellen Entschädigungszahlungen“ zumindest einen nicht nur originellen, sondern auch objektiv ungemein wichtigen Beitrag zur Aufhellung eines Detailabschnittes der Wiedergutmachung leistet. Es handelt sich um die Forderungen der nach Israel eingewanderten sogenannten Staatenlosen und Flüchtlinge, die durch Verfolgungshandlungen an Körper und Gesundheit geschädigt waren. Israel hatte es übernommen, für sie zu sorgen. Die Frage wird auch im Buche Shinnars behan-

<sup>1</sup> Entnommen dem in Tel Aviv erscheinenden MB, der Wochenzeitung des „Irgun Olej Merkaz Europa“ (XXXVI, 38/39), vom 20. 9. 1968, S. 9, mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der Schriftleitung.

<sup>1a</sup> Bonn 1968. Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung. 29 Seiten.

<sup>2</sup> Vgl. FR XIX, 69/72. S. 176 f.